

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug, Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 25. Oktober 1921

Anzeigenpreis: Verleins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 124

Tarifgemeinschaft? Ja oder Nein!

Es ist meines Erachtens zwecklos und feige, der Erörterung einer Frage aus dem Wege zu gehen, die seit Jahren in unserm Gewerbe flüchtig ist, und die in der Überschrift dieser Ausführungen ihren kurzen und deutlichen Ausdruck findet. Das Durcheinander, das dem Kriege folgte, mußte auch unsere Tarifgemeinschaft in Mitleidenhaftigkeit ziehen. Bereits im Mai 1919 standen „die Vorgänge in der Tarifgemeinschaft“ auf der Tagesordnung; d. h. vereinzelte Lohnbewegungen im Reich, verbunden mit Arbeitsniederlegungen, gaben der Prinzipalvertretung den Anlaß, der Gehilfenschaft nachzuweisen, daß sie ihre Verpflichtungen aus dem Tarifvertrag in einer ganzen Reihe von Orten auf das schwerste verfehlt habe, und daß unter solchen Umständen der Bestand der Tarifgemeinschaft gefährdet sei. Gleichzeitig wurde dem Tarifamt der Vorwurf gemacht, daß es verlag hätte und die ihm für solche Vorgänge zurbedeutenen Machtmittel nicht zur Anwendung gebracht habe.

Karl aufeinander folgende neue Lohnforderungen, die zweifellos bei der dauernd zunehmenden Verteuerung aller zum Leben unentbehrlichen Artikel ihre Berechtigung hatten, ließen das Gewerbe seit jener Zeit nicht mehr zur Ruhe kommen. Mit dem Steigen der Löhne, das der einen Partei zu langsam und nicht hoch genug ging, während die andere Partei über die Höhe der Forderungen und über deren schnelle Aufeinanderfolge sich sehr erregt zeigte, lag auch der Unwille über die Tarifgemeinschaft. Die eine Partei war der Meinung, ohne Tarifgemeinschaft bewegungsreicher zu sein, die andere glaubte, ohne Tarifgemeinschaft von dieser andauernden aber unausbleiblichen Erschlüpfung des gewerblichen Lebens verschont zu bleiben.

Nicht zuletzt führte die Stellungnahme der Tarifparteien zu einer stetig zunehmenden Zaghaftigkeit und Unsicherheit des tariflichen Beratungshörpers, so daß zur Zeit mit Recht gesagt werden kann, daß der Tarifausschuss seine ureigenste Aufgabe zu lösen: die gegenseitigen Beziehungen aus dem Arbeitsvertrage zu bestimmen und festzulegen, entweder nicht mehr willens oder nicht mehr zuständig ist. Eines ist so schlimm wie das andre! Jedenfalls ist es ein Zugeständnis besonderer Schwäche, wenn die älteste und bisher bestorganisierte Tarifgemeinschaft die Erfüllung ihrer Aufgabe fast ausschließlich in die Hände der Behörden legen muß. Vielleicht aber auch ist die Vermutung nicht ganz unberechtigt, daß die Vertreter beider Parteien aus gleichem Grunde das Machtwort einer Regierungsstelle einer eignen Entscheidung vorziehen.

Wie dem auch sein möge, mit solchem Beginnen haben sich die Tariforgane von der Regelung der Lohnfrage langsam aber bestimmt selbst ausgeschaltet. Die Sait für jeden Verhandlungsfall nachzuweisende Tatsache, daß die Parteivertreter im Berufsparlament sich nicht mehr verständigen konnten, sondern fremder Hilfe bedurften, hat schließlich das in die Tariforgane gefasste Vertrauen schwer erschüttert.

Daß die eine Partei die aufgestellte Forderung der andern Partei fast jedesmal für unerträglich und unerfüllbar ablehnte, während die andre Partei von ihrer Forderung nicht zurückzugehen vermochte, wenigstens nicht auf das verlangte Maß, dann aber beide Parteien an einem andern Verhandlungsfeld sich einander nicht unerhebliche Konzessionen machten, die eine mehr als die andre, mußte schließlich auch den Glauben an das gegebene Maneswort ins Wanken bringen.

Geradezu unheilvoll haben z. B. die Vorgänge gewirkt, die sich nach dieser Richtung an die prinzipalzeitliche Abschneidung des Schiedsspruchs des Reichsarbeitsministeriums vom Juni d. J. angeschlossen. Erst lehnt die eine Partei den ersten Schiedsspruch ab, dann die andre Partei den zweiten, und schließlich kommt eine dritte Verständigung zustande, die endlich die Gehilfen einer Verständigung ihrer Wünsche näherbringt, während sie für die Prinzipalpartei eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem ersten Schiedsspruch bedeutete.

Wie mir unzählige Male von Gehilfen seitlich versichert worden ist, glaubt man aus diesen Vorgängen die Schlussfolgerung ziehen zu müssen, daß die nicht befriedigenden Ergebnisse früherer Verhandlungen lediglich auf den mangelnden Widerstand ihrer Vertreter zurückzuführen sind. So bestimmt der Gehilfenvertretung damit ein billiges Unrecht zugefügt wird, so wenig wird man bestreiten können, daß auch eine solche Schlussfolgerung aus den von mir nur kurz skizzierten Vorgängen mit ihnen daraus sich ergebenden schweren Folgen gezogen werden kann.

Zu dem Mangel an Vertrauen gegenüber den Tariforganen gefasste sich nun auch noch das Mißtrauen gegenüber den Führern. Ich glaube, daß dies bei beiden Parteien der Fall ist. Leider wiederholte sich dieses Trauerpiel schon in den Septemberverhandlungen aufs neue. Auch hier keine Verständigungsmöglichkeit, trotzdem bereits am zweiten Verhandlungstag auf genau derselben Grundlage eine Verständigung zu erzielen war, wie dies einige Tage später vor dem Reichsarbeitsministerium geschah. Der Zutritt des Tarifausschusses auch im September war demnach ein vollständiger Fehlschlag, und ich verstehe diejenigen, die mir die Frage vorlegten, ob es nicht richtig wäre, für die Zukunft unter völliger Ausschaltung der Tariforgane für Regelung der Lohnfrage nur die Reichsbehörde in Anspruch zu nehmen.

So sind wir bis heute mit unserer tariflichen Gesetzgebung und mit deren Befolgung bergab gegangen, und wir stehen nach meinem Gefühl vor der Beantwortung der Frage, die ich meinem Artikel vorausgesetzt habe. Ich will sie beantworten und ich beantworte sie trotz allem mit einem selten und lauten Ja! Ohne besondere Versicherung wird man mir wohl glauben, daß ich unter den zur Zeit in unserer Tarifgemeinschaft obwaltenden Umständen mehr wie jeder andre meiner Berufsgenossen leide. Ganz abgesehen davon, daß unsere Tarifgemeinschaft ein Stück meines Lebens ist, daß ich von frühster Jugend an von dem Gedanken befehl gewesen bin, daß, wenn das Leben Zweck und Ziel haben soll, nicht nach dem Trennen, sondern dauernd nach dem Bindenden gesucht werden muß, beklage ich den jetzigen Zustand um unseres Gewerbes willen. Er gereicht ihm nicht zur Ehre!

Wir Buchdrucker haben uns bislang im guten Sinne, nicht überhebend, der Tatsache gestreut, daß Arbeitsverträge, von den berufenen Vertretern abgeschlossen, auch anzunehmen und zu halten sind. Die Bürgschaft hierfür lag in den Organisationen und in der Selbstzucht und Disziplin ihrer Mitglieder. In den letzten Jahren sind wir auch damit rückwärts gegangen.

Was ist schuld daran? Breiten Massen unseres Volkes fehlt noch immer die ruhige Überlegung, die vor dem Krieg u. a. zu einem merklich zunehmenden Abfall von den gewerblichen Kämpfen führte. Schrecken und Not des Krieges und so manche durch den Krieg erzeugte Leidenschaft sind noch nicht überwunden; sie wirken auch im Berufsleben weiter fort. Sauer verdientes Geld schwindet beim Familienvater wie Pulver in der Sonne; ausgezahlt und ausgegeben; gearbeitet und nichts gewonnen! Heute eine Lohnverbesserung, morgen schon eine weitere Verteuerung der notwendigsten Lebensbedürfnisse! Es langt nicht hin, es langt nicht her! Dieses dauernde Sorgen ums Leben, dieses ewige Kämpfen um nichts bringt zur Verzweiflung. Der Kampf um die Existenz wird zum Rollenpiel; erst geht man aus, verhandelt; wird hier verpielt, dann auf den Kampf!

Wir haben zu viel verhandelt und zu wenig und vor allem zu langsam gehandelt! Berechtigte und erfüllbare Wünsche sind abgelehnt, später auf andern

Weg unter viel Verdruß aber doch erfüllt worden. Vermittlungen der dafür eingesetzten Organe sollten auf Verlangen der einen Partei auch in besonderen Fällen nicht erfolgen, aber andre berufsfremde Stellen taten dies, und mit Erfolg! Dem Tarifamt gegenüber verwahrte man sich vor nur bedeutungslosem Angebotener Vermittlung, um schon andern Tags vor andern Stellen zu kapitulieren! Heute hielt man den Kampf beider Parteien für zweckmäßiger als eine billige Verständigung, in wenigen Tagen aber schon und nach nutzlosem, beide Teile schwer schädigendem Kampfe setzten sie sich zusammen und verständigte sich, wie es unter verständigen Menschen nicht anders sein kann!

Und trotz allem finde ich alle entgegen der zentralen Abmachung geführten örtlichen Bewegungen und Streiks nicht entschuldigbar! Mehrere früher abgeschlossene Vereinbarungen, die einen die Gehilfenschaft nicht befriedigenden Ausgang nahmen, hätten vielleicht den Anlaß zu solchen vertragsbrüchigen Eigenmächtigkeiten geben können; bei der für Oktober/November getroffenen Vereinbarung lag ein entschuldigbarer Grund zu solchem Vorgehen nicht vor. Dies um so weniger, als das Abkommen im Grunde genommen nicht befristet, sondern eine zentrale Abänderung bei nachweisbar weiterer Verteuerung der Lebenshaltung auch in Kürze vorbehalten war.

Es hat wenig Wert, nach den eigentlichen Ursachen dieser im höchsten Grade bedauerlichen Vorgänge zu suchen; die ausführenden Stellen hatten dieselben stets für berechtigt und sind auch in keinem Falle mit Ausreden in Verlegenheit. Auch das politische Drahtziehen ihre Hände dabei im Spiele haben, ist eine Tatsache, die trotz allen Bestreitens besteht.

Wohin also soll die Fahrt gehen? Ins Tariflosel! Das ist nur ein Zeichen dafür, daß man den Wert einer zentralen Tarifregelung nicht mehr zu schätzen versteht. Es ist zur Gewohnheit geworden, daß man an jedem Maß und Maßchen kein tarifliches Recht nicht zu erstreiten, sondern nur zu fordern hat. Erst der völlige Verlust einer tariflichen Ordnung wird zur Erkenntnis bringen, daß sie trotz aller ihr anhaftenden Unvollkommenheit einem völligen Durcheinander auf dem Lohngebiete vorzuziehen ist. Zerfällt die tarifliche Ordnung auf dem Lohngebiete, dann ebenso bestimmt auf dem Gebiete des Preisarbeits! Soviel gerade auf letzterem Gebiete heute noch zu wünschen übrig bleibt, so bestimmt würde mit dem Fortsalle jeder tariflichen Einflussnahme eine Preisflehnderei einsehen, von der man sich heute keinen rechten Begriff machen kann. Die unausbleibliche Folge wäre ein Niedergang unseres Gewerbes, dessen Folgen in erster Linie die Gehilfenschaft in kurzem zu spüren bekäme.

Ist es nötig, noch im einzelnen auf die Folgen solcher Tarifanarchie einzugehen? Ich meine, daß es überflüssig ist; auch unser Gewerbe ist reich an gewonnenen Lehren auf diesem Gebiete. Jeder Streik und jede Ausperrung vermindern die Produktion, die zu heben wir aus bitterster Not verpflichtet sind. Sie schädigen die Allgemeinheit des Volkes und schlagen unserm sowie um seine Existenz schwer kämpfenden Vaterlande neue Wunden — besser aber bestimmt nicht das Los schwer arbeitender und darben der Familien!

Uns allen tut Zusammenarbeit, Zusammenfassen aller arbeitenden Kräfte bitter not, wenn wir uns aus diesen furchtbaren uns täglich entgegenstehenden Glend herausarbeiten wollen. Eine Zerstückelung unserer Kräfte, ein Bekämpfen zusammengehöriger und aufeinander angewiesener Teile des Volkes muß das Glend nur noch verschlimmern. Das überwinden wir auch nicht durch dauernde Lohnverbesserungen! Gelingt es nicht, das Schieber- und Wucherturn an seiner Wurzel zu treffen, um? entschließt man sich behördlicherseits nicht

endlich, alle diejenigen, die sich auf Kosten des Volkes dauernd in verbrecherischer Weise bereichern, als die größten Verbrecher am eignen Volk an den höchsten Galgen zu bringen, dann nützen alle Wohnerhöhungen nichts; sie fließen alle in die Säckle dieser Nimmerlaffen!

Sorgen wir dafür, daß unsre Presse den Kampf gegen diese Volksverderber aufnimmt, und daß sich alle Kräfte im Lande zusammenzuschließen zur Bekämpfung dieser Volkspest! Nicht auf wollen wir gegen uns selbst kämpfen, nicht gegen unser gemeinames Interesse am Wohlergehen unsres Gewerbes! Wir müssen versuchen, diese furchtbare Zeit mit ihren tausend Nöten zu überwinden; durch

Arbeitsniederlegungen, die im günstigsten Falle einen vorübergehenden Scheinerfolg bringen mögen, daneben aber starke persönliche Opfer von demjenigen fordern, der sowieso nichts besitzt, wird der Not in unsern Familien beikommen nicht gelteuert!

Verlangt die Gehilfenschaft von ihrem Vertragsgegner unbedingte Erfüllung der getroffenen Vereinbarungen, dann ist auch sie verpflichtet, gleiche Vertragsstreue zu bekunden. Tut sie dies nicht, dann müßte ich die mir in den letzten Wochen von Prinzipalsseite oft vorgelegte Frage: ob unter solchen Umständen von einer Tarifgemeinschaft überhaupt noch die Rede sein könne, verneinen!

Ich warne auf dringendste davor, sich in dieser ersten Sache aufs Probieren zu verlassen; weder die Arbeiter noch das Gewerbe können ein solches Experiment vertragen! Deshalb müssen Ruhe und tarifliche Ordnung sofort wieder bei uns einkehren, wenn es zur Umkehr nicht zu spät werden sollte. Was dann folgen könnte und müßte, ist unabsehbar in seinen Folgen für den einzelnen und für die Gesamtheit. Das eine aber ist sicher: die Not steigt dann ins Grenzenlose! Ich wollte warnen — mehr vermag ich nicht zu tun!

Berlin. Paul Schliebs.

Die Lage in Berlin und im Reiche

In der vorigen Nummer konnten wir über den Ausgang der zweiwöchigen Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsminister im Berliner Konflikt gedrängte Mitteilungen machen, wie es eben die Informationen in so kurzer Zeit zuließen. Dagegen hatten wir auf das Ergebnis der außerordentlichen Generalversammlung unsrer Berliner Mitgliedschaft am 20. Oktober nicht richtig eingegangen. Wir hatten uns zu solcher Annahme bewegen lassen, weil wir voraussetzten, das große Verantwortlichkeitsgefühl in dieser zugeplitzten Situation werde in der Berliner Versammlung den Ausschlag geben; außerdem sprachen die Leipziger Morgenzeitungen vom 21. Oktober von einer eingetretenen Entspannung und von wahrhaftigem Wiedererschließen der Berliner bürgerlichen Blätter schon am Freitag. Nachdem aber die vorige Nummer ausgedruckt, erreichten uns zunächst Zeitungsmitteilungen, die eine Beilegung des Konflikts in Berlin nach den gepflogenen Einigungsverhandlungen unwahrscheinlich machten. Dann kamen die Berliner Blätter und direkte Mitteilungen, die einen Ausgang der Berliner Versammlung meldeten, wonach an der besprochenen schlimmen Wendung nicht mehr gezweifelt werden konnte. Die Zeitungsnotizen widersprachen sich freilich in Einzelheiten wie auch in der Beurteilung der Vorgänge beträchtlich, wenn schon an dem ungünstigen Stande der Dinge dadurch nichts geändert wurde. Wir lassen deshalb den offiziellen Versammlungsbericht die Vorgänge in Berlin schildern:

Berlin. (Außerordentliche Generalversammlung am 20. Oktober.) Tagesordnung: „Die eventuelle Ausperrung in Berlin und der Fall Mosse“. Kollege Massini schilderte kurz die Entwicklung und den Verlauf der Differenzen bei der Firma Rudolf Mosse. Diese ergaben sich durch die verschiedene Auslegung des Abkommens Mallini-Seemann-Abkommens sowie über die Entscheidung für die berechnenden Sager. Das Personal steht sich bei dem von der Firma eingenommenen Standpunkt geschädigt. Das angerufene Tarifschiedsgericht sowie später auch das in Anspruch genommene Tarifamt brachten keine Regelung der Angelegenheit im Sinne des Personals. Da eine friedliche Klärung mit der Firma nicht zu erreichen war, kam es zur Verschärfung der Situation durch eine ultimativ gestellte Forderung des Personals. Als auch hierauf die Firma nicht reagierte, verdrückte sich die Erregung des Personals zum passiven Widerstand und der Forderung von 20 Mk. als Ausgleich. Die Folge hiervon war die Aufhebung der Firma an das Personal, den Betrieb zu verfallen. Infolge des Nichterscheinens der von der Firma Mosse herausgegebenen Tageszeitungen erklärten sich die zu einem Konzern zusammengeschlossenen Firmen Mittelteil (über 500 Verbandsmitglieder) und August Scherl (rund 300 Verbandsmitglieder) mit der Firma Mosse (etwa 480 Verbandsmitglieder) solidarisch und stellten das Erscheinen ihrer Tageszeitungen ein. Dem Personal der beiden ersten Firmen wurde aber nicht gekündigt, sondern es wurde mit allerlei anderen Arbeiten beschäftigt. Viele beiden Firmen lassen ihre Blätter nicht erscheinen, lassen freiwillig einen Ausfall von Millionen über sich ergehen, während die Gehilfenschaft Not leidet.

Kollege Buchs (Betriebsrat bei der Firma Mosse) ergäuzte kurz den Bericht Massinis, der seinerseits in weiteren Ausführungen noch hinzufügte, daß bisher alle Verhandlungen, auch vor dem Reichsarbeitsministerium, woselbst der Minister Dr. Brauns sich die erdenklichste Mühe gegeben, den Konflikt beizulegen, ergebnislos geblieben seien. Diese Verhandlungen dauerten am Mittwoch sechs Stunden und am darauffolgenden Tage nochmals fünf Stunden, jedoch ohne den gewünschten Erfolg. Als Ergebnis kam heraus: zwei Tage Bezahlung von der bisher rund fünf Tage währenden Ausperrung und Gewährung eines in kleinen Raten abzuzahlenden Darlehens von 120 Mk.

Die Diskussion war eine sehr lebhaft. An derselben beteiligten sich die Kollegen Albrecht, der in eindringlichen Worten den Kollegen den ganzen Ernst der Situation vor Augen führte und die Sachlage nach den verschiedenen Richtungen hin erörterte. Kollege Bierath erging sich in längeren Ausführungen über die Ursachen des Konflikts und die Berechtigung des Standpunkts der Kollegen von Mosse. Redner brachte eine keine Ausführungen entsprechende Resolution ein. Kollege Hinz suchte die Schuld auf die verantwortlichen Führer und Institutionen zu wälzen. Er forderte den Kampf und das Aushalten in demselben. Gegen eine vom Redner gebrauchte Wendung: „Die Tarifinstanzen sind Partei und erweisen sich demgemäß, die Grenzen zwischen Arbeitgebern und -nehmern sind längst verwischt, der Trennungsschritt besteht nicht mehr“, legte Kollege Massini strengste Verwahrung ein.

In der weiteren Diskussion stellte Kollege Braun aufgestellte Behauptungen über die Behandlung des Konflikts vor dem Tarifamt richtig. Kollege Fiedler betonte, daß die letzte Berliner Generalversammlung bewiesen habe, daß die Kollegen bei einigem Entgegenkommen der Prinzipale nicht den Streik herbeiwünschten. Der Konflikt sei die Nachwirkung über die verkehrswomene Auslegung des Mallini-Seemann-Abkommens. Dieser Konflikt könne nur beigelegt werden, wenn das Objekt des Streites aus dem Abkommen beiseite wird. Redner brachte nachfolgende Resolution ein:

Die am 20. Oktober tagende Generalversammlung spricht den ausgesprochenen Kollegen der Firma Mosse ihre Sympathie aus und fordert die sofortige Einberufung der Lohnkommission zwecks Beilegung der aus dem Mallini-Seemann-Abkommen entstandenen Differenzen. Die Kollegen der Firma Mosse finden sich bis zur endgültigen Regelung dieser Angelegenheit mit ihrer Entlassung ab und überlassen die fernere Entwicklung der Dinge der besseren Einsicht der Prinzipale.

Als weitere Redner sprachen noch die Kollegen Hebe, Schreker, Engelmeier, die der vollen Auswirkung des Konflikts das Wort redeten. Kollege Geiß besprach die Ereignisse der letzten Zeit, erwähnte die verdrückten örtlichen Vorgehen, die recht unangenehme Situationen geschaffen haben und ein erträgliches Verhältnis nicht aufkommen lassen. Im Interesse der Allgemeinheit sei es notwendig, daß die Kollegen von Mosse sich der eventuellen Auswirkung und Tragweite des Konflikts bewußt seien und mit kühler Vernunft ihre Haltung hiernach einstellen. Kollege Ebel sprach im gleichen Sinne und appellierte an die Kollegen von Mosse, den Streik im eignen Hause zu schlichten und sich durch ihr Verantwortlichkeitsgefühl so leiten zu lassen, wie es den Interessen der Allgemeinheit entspricht. Kollege Marau betonte, daß die Kollegen von Mosse nicht aus Übermut gehandelt haben. Es sei unsre Pflicht, sie zu decken und zu stärken, wenn der Konflikt sich auswache. Kollege Albrecht teilte Johann mit, daß er jedoch mit dem Reichsarbeitsminister, der sich telephonisch herber gewandt, gesprochen habe. Der Minister teile mit, daß er sich mit aller Kraft dafür einsetzen werde, die Angelegenheit im Sinne des Personals zu regeln; das Personal möge jedoch, wenn auch mit Vorbehalt, die Arbeit wieder aufnehmen.

Hierauf wurde die vom Kollegen Bierath eingereichte Resolution abgelehnt und die des Kollegen Fiedler gegen wenige Stimmen angenommen. Das Personal solle am folgenden Tage zu dem Wunsche des Ministers Stellung nehmen.

Kollege Massini stellte hierauf mit, daß in Anbetracht der kritischen Situation es notwendig sei, am Montag, dem 24. Oktober, eine weitere Generalversammlung stattfinden zu lassen und schloß hierauf die äußerst zahlreich besuchte Versammlung.

Nachricht: Die Betriebsversammlung der Firma Mosse hat inzwischen stattgefunden. Das Personal ist nicht zu bewegen, vor Erledigung des Konflikts die Arbeit aufzunehmen. Im Laufe des heutigen Nachmittags (Freitag, den 21. Oktober) lauten fortgesetzt Meldungen ein, daß die Personale auf Weisung der Prinzipalsvereinbarung gekündigt seien. Der Konflikt über ganz Berlin ist somit hereingebrochen. Der Schriftführer.

Entschließung (gegen zwei Stimmen) der Betriebsversammlung des Personals Mosse vom 21. Oktober:

Die heutige Betriebsversammlung kann das Angebot des Herrn Arbeitsministers, die Arbeit unter Vorbehalt aufzunehmen, nicht annehmen. Sie beschließt, aus sachlichen Gründen und gestützt auf das Vertrauen der gesamten Kollegenschaft im Buchdruckgewerbe im Kampf auszuharren, bis ihren gerechten Forderungen Genüge geschehen ist.

Wir brauchen nach allem, was wir in den letzten Wochen geschrieben haben über die Schädlichkeit der örtlichen oder gar betriebsweisen Bewegungen für die Allgemeinheit wohl nicht besonders zu sagen, daß wir uns mit den Ausführungen des Verbandsvorsitzenden und der im gleichen Sinn in der Berliner Versammlung aufgetretenen Redner identifizieren. Die Nachschrift des Versammlungsberichterstatters läßt erkennen, daß als Folge des Verlangensausganges am 20. Oktober und der am 21. Oktober erfolgten Ablehnung des Vorschlags des Reichsarbeitsministers durch die Betriebsversammlung der Firma Mosse der Stein nun schneller ins Rollen gekommen war.

Am Sonnabendmorgen erschien eine Erklärung der vereinigten Zeitungsverleger Berlins des Inhalts, daß diese nunmehr, da auch der Versuch, das „Berliner Tageblatt“ in anderen Zeitungsdruckereien herstellen zu lassen, als gescheitert zu betrachten sei, zur

kräftigen Entlassung „wegen unberechtigter Arbeitsverweigerung“ derjenigen Personale schreiben müssen, die eine solche Arbeitsleistung verweigern; von Streikarbeit könne keine Rede sein, da die Mosse'sche Belegschaft durch das Tarifschiedsgericht einstimmig als tarifbrüchig erklärt worden wäre. Das stimmt nach unserer Kenntnis der Dinge jedoch nicht, das Personal ist mit seinem Standpunkte vor dem Schiedsgerichte nur unterlegen. Der Tarifbruch kann sich erst aus dem weiteren Verhalten ergeben, worüber eine besondere Erklärung der Tarifinstanzen erfolgen müßte. Was ist unsres Wissens jedoch nicht geschehen. Die Erklärung der Berliner Zeitungsverleger bezieht nach, der Verein der Berliner Buchdruckereibetriebe habe „gleichfalls vor Bekundung seiner Solidarität mit den Zeitungsverlegern die Kündigung der tarifbrüchigen Belegschaften mit der tariflichen achtlägigen Kündigungsfrist beschloßen“. Besonders verständlich ist das ja nicht ausgedrückt, aber in der Sprache der Tarifachen bedeutet es Solidaritätserklärung der Prinzipale mit den Zeitungsverlegern. Und diese Solidaritätserklärung gilt unsrer Meinung nach nicht so ausschließlich dem „Kampfe für den Tarif im Berliner Zeitungsgerwebe“, wie die Überschrift der Erklärung in den Leipziger (bürgerlichen) Morgenblättern lautete, sondern bedeutet wohl mehr eine Machtsprobe gegen die Gehilfenschaft, zu der aus unsern Reihen allerdings der Ausgangspunkt gegeben war. Das Streikobjekt lohnte diesen enormen Aufwand nicht. Wenn so viel auf dem Spiele steht, dann konnte auch von der andern Seite (in diesem Falle Firma Mosse und Hintermänner) größeres Entgegenkommen gezeigt werden.

Die hier nur in ihren Hauptmomenten behandelte Erklärung der Berliner Zeitungsverleger ließ die Möglichkeit eines allgemeinen Konflikts noch näher erscheinen, als sie nach dem Ausgange der Berliner Versammlung und der Mosse'schen Betriebsversammlung schon angenommen werden konnte. Es war denn auch bereits teilweise zu Ausperrungen und ähnlichen Schritten gekommen. Da gelang es noch dem Tarifamtgeschäftsführer Schliebs, das Mosse'sche Personal für einen Vermittlungsversuch von ihm zu gewinnen, so daß am Sonnabendvormittag (22. Oktober) die Möglichkeit einer Beilegung des Konflikts nähergerückt erschien. Wir kennen bei Abschluß dieser Nummer den Vermittlungsversuch des Kollegen Schliebs noch nicht; wir möchten aber annehmen, daß Schliebs eine Brücke über den wunden Punkt der Arbeitsaufnahme ohne genaue Regelung der Bedingungen hierzu zu finden wußte. Die Prinzipalität hat sich nach der Methode anderer Unternehmerverbände neuerdings auf diesen Standpunkt verstellt, ohne daß sie damit groß durchgedrungen ist.

Die uns am Sonnabendvormittag telephonisch mitgeteilte Aufhellung der Situation hat sich durch ein am Abend noch erhaltenes Telegramm unsrer Verbandsleitung verstärkt. Das Personal der Firma Mosse hat danach die Arbeitsaufnahme beschlossen, wodurch die vorgenannten Ausperrungen abgewendet sein dürften.

Wie die Vorgänge in Berlin in der Arbeiterpresse beurteilt werden, dafür nur zwei Beispiele. Der „Vorwärts“ verlas seine kurze Berichterstattung über die Berliner Generalversammlung mit dem Schlußsage:

Auch wir möchten nicht unterlassen, im Hinblick auf die politische Situation an die beiden streikenden Parteien das dringende Ersuchen zu richten, alles zu tun, was geeignet ist, den Konflikt zu beilegen. Uns scheint, daß bei einigem guten Willen auf beiden Seiten un schwer eine Einigung zu erreichen sein wird. Der hier ausgeprochenen Erwartung kann man ohne weiteres beitreten.

Die „Rote Fahne“, die sich schon in ihrer Dienstagmorgenausgabe ungläubliche Verdrehungen geleistet hatte, als die Solidaritätsaktion fast aller bürgerlichen Zeitungen begann, war sofort am Freitagmorgen mit einem Spaltenartikel über die Berliner Versammlung zur Stelle, der nicht etwa eine referierende Wiedergabe darstellte, sondern mehr eine Stellungnahme zu den Ausführungen der einzelnen, dem kommunikativen Standpunkte nicht genehmigen Redner war; auch der Kollege Fiedler als Führer der U.S.P.-Opposition kam schlecht dabei weg. In der Einleitung kommt genügend klar zum Ausdruck, wer sich als Inhabergal zu Sonderaktionen bei den Buchdruckern am meisten betätigt. Es heißt da:

Wenn es auch der Gewerkschaftsbureaokratie wider gelungen ist, einen klaren, unzweideutigen Beschluß zu verhindern, so muß doch betont werden, daß die über-

wältigen Mehrheit der Betriebsräte und Vertrauensleute sich unbedingt hinter die Belegschaft von Mose stellt und auf keinen Fall an diese Kollegen die Zustimmung stellt, bedingungslos die Arbeit wieder aufzunehmen. Noch einmal hat der Vertrauensmännerkörper der Berliner Buchdrucker, beeinflusst durch die Versprechungen, Beschönigungen und Beschönigungen der arbeitseigenständlichen Gewerkschaftsführer, begünstigt, den Schlag eines übermäßig gewordenen Unternehmertums mit einem Gegenstoß zu beantworten.

Wer verfolgen konnte, wie in Hamburg das dortige kommunistische Organ den Konflikt durch heftige Ausfälle gegen die Belegschaft und den „Korr.“ zu verschärfen trachtete, was anderswo auch der Fall war, der weiß Bescheid über die unaufhörliche Wühlarbeit der „Sellenleute“. Nun aber mögen sich unsere Kollegen aus der Gewerkschaftsrevue in dieser Nummer einmal überzeugen, was diese Sellen an gewerkschaftlichen Mißfolgen schon angerichtet haben und wie die von ihnen inszenierten größeren Streiks ebenfalls verfrachten. Sie haben noch wesentlich mehr solcher Bravourleistungen im großen zu verzeichnen, die sie immer verdammt mit dem Gerode vom „Abwürgen durch die Gewerkschaftsbureaucratie“. Wenn solche Leute den Ausgang des Hamburger Konflikts aber „nur ein beschämendes Ergebnis“ nennen, dann sollten allen Kollegen denn doch die Augen aufgehen.

Bei Erscheinen dieser Nummer hat die Gewerkschaftskonferenz bereits einen Tag beraten; sie ist nämlich schon am 24. Oktober in Berlin zusammengetreten. Nur aus diesem Grunde wollen wir auf eine nähere Beleuchtung der Vorgänge innerhalb der Prinzipalität und gewisser Leistungen der „Zeitschrift“ verzichten. Die Gewerkschaftskonferenz wird sich ja damit zu befassen haben. Es kann aber gesagt werden, daß die vielen örtlichen Streiks seit Ende September eine Kampfstimmung wie noch niemals bei der Prinzipalität erzeugt haben. Die scharfe Opposition der Weimarer Provinzorganisation mit ihrer sanftmütigen Tagung Mitte September wie das neuerliche Auftreten des kleinen Arbeitgeberverbandes für das Druckgewerbe, dem Herr Reismann-Grone doch noch als Vorstandsmitglied dient, lassen auch auf lächelnde Einbeziehung schließen. Daß nach alledem eine von unsrer Verbandsleitung herbeigeführte Vorgesprache mit der Prinzipalsleitung über weitere Erfordernisse auf dem Lohngebiete zu Anfang voriger Woche keinerlei Bereitwilligkeit von der andern Seite erkennen ließ, jedoch für unsre Vertreter die Gewißheit brachte, daß die Prinzipalsführer nach allen Vorgängen der letzten Zeit eben auf alles geacht erscheinen, ist Tatsache. Ob die Geschäftsleute von den Notwendigkeiten angeichts der wahrhaftig fortschreitenden Teuerungszustände nunmehr besser überzeugt sind, kann aber noch fraglich erscheinen. Die „Zeitschrift“ hat mit ihren Artikeln über „Vertragsfreue“ usw. ja auch nicht gezeigt, daß man den Dingen auf den Grund zu gehen vermag, und nicht bedacht, wie man mit solchen Mitteln zur Aufdeckung der höchstselbstigen Sünden herausforderl. Es brauchen Tarifbrüche ja nicht immer auf dem Lohngebiete zu liegen.

Unsere Gewerkschaftskonferenz wird also der Prinzipalität in dieser gewiß sehr ersten Situation manches zu sagen haben. Wie die „Zeitschrift“ in ihrer Nummer vom 21. und vom 18. Oktober einen sehr wehleidigen Appell zur Solidarität der Prinzipale mit dem Sage beginnen kann: „Der Buchdruckerstreik im Reich dauert an!“, ist auch so ein Ding, worüber zu sprechen sein wird. Der krassen Tatsachenverdrehung durch grobe Verallgemeinerung des Prinzipalsorgans stellen wir die Tatsache gegenüber, daß auch in Melefeld der örtliche Streik vorüber ist.

Der Mahnruf des Kollegen Schliebs in dieser Nummer möge von allen, die noch guten Willens sind, wohl beherzigt werden, denn über alle Not des Tages können doch nur einseitiger Wille und geschlossenes Handeln hinwegführen. Die Tarifgemeinschaft zu eringen, ist ein Stärkebeweis unsrer Verbandes in einer Zeit gewesen, wo er noch keine Bedeutung hatte; sie nach fast 50 Jahren zu verlieren, würde ein Schwächezeugnis sein zu einem Zeitpunkt, wo alles im Zeichen der Organisation steht!

Solidarität in den Lohnkämpfen, Einheitslohn und Industrieverband

In drei aufeinanderfolgenden Nummern (11., 13. und 15. Oktober) erschienen Redaktionsartikel, die wohl unterschiedliche Überchriften trugen, aber doch eine gleiche Tendenz hatten. Es wurden darin mancherlei wichtige Punkte bei den Buchdruckern wie in der Arbeiterschaft allgemein berührt. Diese Aufsätze verdienen keine Beachtung, jedoch nicht in der Weise, daß nun durch viele Artikel gegen eigentlich offenwundene Tatsachen gekämpft wird, sondern indem sie alle bemüht zeigen, unentbehrlich erscheinende Krebsgeschäden wieder zu beseligen, an dem die wirklichen Reformen im Gewerkschaftswesen zu gemäßen. Wenn in diesen Artikeln die bedauerliche Konstellation gemacht wird, daß von einer wirklichen Solidarität in

den Lohnkämpfen der deutschen Arbeiterschaft kaum noch gesprochen werden kann, so ist das ein sehr unangenehmes, aber unbefristetes Faktum. Angeichts dieser Tatsache ist es daher notwendig, daß wir den Ursachen nachzugehen suchen, die diese Erscheinung begünstigen. Durch den Lauf der Entwicklung beeinflusst, beginnt sich allmählich die von uns jahrgelungte geistige allzu gelassene Anpassung an das kapitalistische System zu rächen. Wenn wir als Sozialisten den Klassenkampf befehlen wollen, so müßten wir mit dem Austräumen der Klassenunterschiede vorerst einmal in untrer eigenen Klasse beginnen. Bei der Gegenüberstellung von Theorie und Praxis mußte es beispielsweise recht eigenartig an, zu lesen, daß in Sowjetrußland 35 Lohnklassen vorhanden sind, die Einkommensunterschiede von 2500 bis 80000 Rubel aufweisen. Wieviel Lohnklassen mögen wir nun aber erst in Deutschland unter der Arbeiterschaft haben? Es ist unter diesen Umständen wahrlich nicht zu verwundern, daß heute eine Berufsgruppe neidisch überlegen auf die andre schaut. Gerade die Zerpfitterung auf dem Gebiete der Entlohnung ist es, welche die Solidarität der Arbeiter untergräbt! Da werden zur Begründung der Notwendigkeit dieses Abstantes Qualifikation, Verantwortung und anderes mehr in den Vordergrund gerückt; als ob nicht jeder, durch den Selbsterhaltungstrieb gezwungen, im Arbeitsprozess seinen Platz voll und ganz auszufüllen, dabei seine Fähigkeiten zu beweisen und auch sein Glück Verantwortung zu tragen hat! Außerdem hat aber jeder Arbeiter in bezug auf den Lebensunterhalt die gleichen Bedürfnisse und das Recht, dieselben Anforderungen an das Leben zu stellen. Warum also diese Klassenunterschiede in der Entlohnung? Heute erfüllt nicht mehr nur eine bürgerliche, sondern auch eine Arbeiteraristokratie, die gleichfalls nach berühmten Mustern das Bestreben hervorkehrt, wenigstens in der Bezahlung immer einen gewissen Abstand von dem Plebs zu wahren.

Wenn man schon einmal ohne Unterschiede nicht glaubt fertig zu werden, so sollte doch die Distanz in den Lohnabständen allgemein nicht eine so große sein. Es ließe sich ganz gut ein Einheitslohn für alle Arbeiter schaffen mit besonderen Zuschlägen für qualifizierte Arbeiter und gefahrvolle Berufstätigkeiten. Aus der Uneinheit des Lohnniveaus eine Arbeiteraristokratie sich entwickeln zu lassen, bedeutet für die Einheit der Arbeiterbewegung eine große Gefahr, indem dieser aristokratische Teil der Klassengenossen mit der Zeit durch einen sich aus den Verhältnissen heraus bildenden egoismus ein Manko in seinem Solidaritätsbewußtsein aufzuweisen hat. An Beweisen dafür fehlt es heute durchaus nicht, man braucht nur ein wenig in die Kreise der Beamten- und Angestelltenchaft hineinzuweichen und — sich im eignen Lager umsehen.

Mit Empfasse wird teilweise in der Gegenwart noch von gelehrten und ungelerten Arbeitern gesprochen, zwischen denen allerdings bestimmte Grenzen noch vorhanden sind. Die Technik hat die Abstände zwischen beiden Teilen aber bedeutend vermindert und auch den gelehrten Arbeiter mehr und mehr zum Zeitarbeiter degradiert; sie läßt ihn das Mitwirken an dem Zustandekommen eines Erzeugnisses nur noch in ganz bestimmten Grenzen vollziehen und erfordert das gleichwertige Mitwirken aller Kräfte im Produktionsprozess. Wie gewaltig auch ungelernete Arbeitergruppen auf den Gang des Wirtschaftens einwirken können, haben wohl zur Genüge die verschiedenen Streikbewegungen, beispielsweise in der Verkehr usw., bewiesen. Erwähnenswert ist dabei, daß zu dem Achtmillionenheere des ADGB, die Fabrik-, Land-, Transport-, Seefahr- und Bergarbeiter weit über drei Millionen Kämpfer stellen. Zählt man die Hilfskräfte aus den gelehrten Berufen hinzu, so dürfte die Mehrheit auf dieser Seite gesichert sein.

Eigenartig berührt es, daß wir es bisher verstanden haben, in jeder Beziehung uns dem kapitalistischen System anzupassen, was nur in der Lohnfrage uns verlagert geblieben ist. Weit besser als die Arbeiterschaft versteht es das Unternehmertum, eine gewisse Stabilität und Einheitlichkeit in den Preisen der Produkte auf dem Warenmarkt durch seine wirtschaftlichen Organisationen herbeizuführen; denn muß die Arbeiterschaft beim Verkauf ihrer Arbeitskraft nachlassen. ADGB, werde hart!

Auch die Frage des Industrieverbandes findet in einem der vorerwähnten Artikel Erwähnung. Eine Frage, die bereits vor nahezu 30 Jahren auf dem ersten deutschen Gewerkschaftskongress in Halberstadt (1892) durch eine von den Metallarbeitern eingebrachte Resolution ventiliert wurde und die eine immer größere Anhängerzahl namhaftlich in den letzten Jahren gewonnen hat. Auf der Generalversammlung des Buchbinderverbandes in Erfurt im Jahre 1910 wurde das Projekt der Gründung des graphischen Industrieverbandes ebenfalls in ausgiebiger Weise erörtert. Nach einem hierauf bezüglichen Referat des Verbandsvorsitzenden die Klotz nahmen hierzu auch die anwesenden Vertreter der übrigen graphischen Verbände das Wort, unter denen Sillier (Steindrucker) neben dem Referenten der eifrigste Vürsprecher für den Industrieverband war. Schon damals wies Sillier darauf hin, daß die Entwicklung geradezu zum Industrieverbande dränge und ein bliches graphisches Kartell nie das erreiche, was sich dem Unternehmertum gegenüber als notwendig herausgestellt hat. Weniger begierig für diese neue Sache waren unter Döblin und Paula Thiede (Hilfsarbeiter). Döblin hegte die Befürchtung, daß die durch die verschiedenen Situationen in den einzelnen graphischen Berufen vorhandenen Konfliktsstoffe in einer Einheitsorganisation an ebsten zur Entladung kommen und zur Uneinigkeit führen würden, während Paula Thiede für ihre Mitglieder das Aufgehen in eine Einheitsorganisation mit der Gefahr verbunden sah, daß sie in rechtlicher Beziehung ins Unter-

fressen können. Sämtliche an der Diskussion beteiligten Delegierten sprachen im Sinne des Referenten. Die von den Buchdruckern und Hilfsarbeitern gegen den Industrieverband erhobenen Bedenken haben etwas für sich, wenn in einem Industrieverbande jede Berufs- oder Industriegruppe ihre besonderen Arbeitsbedingungen beibehält. In diesem Falle zeigen sich allerdings heute schon in großen Zentralverbänden Unzufriedenheiten bei einzelnen Fachgruppen, die der Meinung sind, daß sie nebenständig behandelt und an die Wand gedrückt werden. Es kann nicht in der Tendenz eines so großen Organisationsgebildes liegen, mit differenzierten Arbeitsbedingungen rechnen zu müssen, die weder für die Organisation noch für die Mitglieder von Vorteil sein könnten. Schließlich soll doch die Einheitlichkeit im Erfolge der Hauptzweck der Herbeiführung der Einheitsfront sein.

Unter den gegebenen Verhältnissen dürfte das Problem des Industrieverbandes nicht eher zur Ruhe kommen, als bis es gelöst ist. Der Verweigerungskampf der deutschen Arbeiterschaft läßt naturgemäß nach neuen Wegen lauern, und sie müssen beschritten werden. Es handelt sich beim Industrieverbande nicht lediglich um die numerische Stärke der Organisation, sondern um die möglichst volle Beherrschung des betreffenden Industriezweigs zur Wahrnehmung der für denselben in Betracht kommenden Arbeiterinteressen. Wenn es dem Welt über eine Million Mitglieder zählenden Metallarbeiterverbande nach dem Referentenartikel bisher nicht gelungen ist, trotz seiner großen Mitgliederzahl die materiellen Verhältnisse für die Berufsangehörigen auszureichend zu gestalten, so wird sicherlich hierbei die vor Haus aus nicht vorhandene Stabilität der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie der Geist der Mitglieder ausschlaggebend sein. Ein guter Geist unter den Mitgliedern ist aber nicht vorhanden, wenn beispielsweise durch die Berliner Metallarbeiterorganisation im Jahre 1919 festgelegt werden mußte, daß bei 97873 Mitgliedern 99200 Austritte zu verzeichnen waren, was einer Fluktuation von 102 Proz. gleich! Hierzu kommt die ungeheure Lehrlingsmishandlung im Berliner Metallgewerbe, in welchem nach den Feststellungen des städtischen Berufsamts 23000 Lehrlinge beschäftigt sind. Den krassen Fall hierbei stellt ein Betrieb mit zwei milarbeitenden Inhabern, einem Geßlisen und 34 Lehrlingen dar; ein Beweis, daß die gewerbliche Ordnung hier noch sehr im Argen liegt.

Daß aus Rücksicht auf die Angestellten in der graphischen Industrie die Verwirklichung des Industrieverbandes scheitern muß, wie es kürzlich im „Graphischen Bunde“ dargelegt wurde, kann nicht recht überzeugend wirken. Die Industrieangestellten arbeiten heute noch zu einem großen Teil unter sehr mifälligen Verhältnissen und benötigen aus dem Grunde die Solidarität der Arbeiter dringend.

Ob allerdings der Industrieverband der Weisheit letzter Schluss sein wird, darüber sind hier und da schon Zweifel aufgelaucht. Es fragt sich nämlich, ob der Industrieverband imstande ist, die ihm durch die Vertikalkonzentration des Unternehmertums gestellten Aufgaben noch zu lösen, oder ob hierzu nicht ein noch größeres und mächtigeres Organisationsgebilde (Einheitsverband) notwendig ist. Denken wir beispielsweise an den allmächtigen Stinnes, dessen Konzentrationsbestrebungen bereits Unternehmungen des Bergbaus, der Maschinenfabrikation, Elektrizitätsindustrie, Schiffahrt, Papierfabrikation und Presse erfaßt haben. Es ist schon richtig, wenn gesagt wird, die Entwidlung läßt sich nicht mit Gewalt vorwärts drängen, nur sehen wir andererseits, daß sie mit Riesenschritten vorwärts schreitet. Deshalb darf die Arbeiterbewegung den Anschluß nicht verlieren und muß bestrebt sein, sich zu modernisieren und entsprechend umzugestalten!

Berlin. Rudolf Adam.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Zum Streik bei der Firma Meyberg in Schwwege. In Nr. 122 nahmen wir nochmals Bezug auf den Tarifkonflikt bei der obengenannten Firma, über dessen Begleitumstände im „Korr.“ vom 11. Oktober das Nähere zu lesen stand. Bei dieser Gelegenheit kritisieren wir, daß der „Allgemeine Anzeiger für Druckereien“ in seiner Nummer vom 14. Oktober einem Inserat Aufnahme gewährte, in dem Geßlisen für die bestreikte Firma Meyberg in Schwwege, ein alter Tarifverächter, gelucht wurden. Durch Schreiben vom 21. Oktober teilte uns nun die Firma Kilmich & Co. in Frankfurt a. M. mit, daß sie jederzeit gern bereit sei, die Bestrebungen bzw. das Interesse unsrer Mitglieder zu fördern, soweit es sich mit der von dem Verlage streng zu beobachtenden Neutralität nur irgendwie vereinbaren lasse. Der Julius „Nichtverbändler“ sei in dem fraglichen Inserat selbstverständlich gefehlt, weshalb Meyberg die Bezahlung der Anzeige verweigerte. Darüber hinaus Zenler zu über, stehe jedoch der Firma Kilmich nicht zu. Im übrigen wird in dem an uns gerichteten Schreiben der Wunsch ausgedrückt, daß in Konfliktfällen die zuständigen Tarifs bzw. Verbandsinstanzen die Firma Kilmich & Co. von der Sachlage direkt unterrichten möchten. Sie würde dann schon Mittel und Wege finden, um die gerechten Bestrebungen der Geßlisen einem tariffeindlichen Druckereibetrieb gegenüber nicht zu durchkreuzen. Den hier geäußerten Wunsch möchten wir aufs angelegentlichste unterstützen. Jeder Tarifs- oder Verbandsfunktionär mache es sich zur Pflicht, bei Tarifkonflikten neben dem „Korr.“ sofort auch den Verlag des „Allgemeinen Anzeigers für Druckereien“ in Frankfurt a. M. zu unterrichten. Dadurch wird jede unliebsame Auseinandersetzung in der Presse von vornherein gegenstandslos und der Fernhaltung von Streikbrechern ist damit am besten gedient.

Norddeutscher Maschinenfabrikerverein (Sitz Hamburg)

Samstag, den 30. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“,
Bienenbinderhof, kleiner Saal oben.
Bierjahresversammlung
Wichtige Tagesordnung. Vollzähliges Erscheinen erforderlich. [333]
Der Vorstand.

Das Problem einer neuen Berufsverfassung
für das deutsche Buchdruckgewerbe. Von Carl Schaeffer. Portofrei 1,20 Mk.
Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H.,
Leipzig, Salomonstraße 8 111. Postfachkonto 53430.

Teilzahlung

Gute Waren zu soliden Preisen

Katalog
mit 1500 Abb. kostenlos
Uhren, Zimmerruhren, Gold-,
Alfende-, Lederwaren, Koffer,
Damentaschen, Lederwagen, Musik-
instrumente und Sprechapparate,
Kameras, Holzgeschlösser, Schirme,
Haarschmuck, Kämmen, Parfüme,
Haarortikel und Pelzen

Rücksendungsrecht
bei Nichtgefallen!

Prä-
Utsch
Go
hanke

Jonass & Co. Berlin 8407
Bolle Alliance-Strasse 7-10



Der Neue Brockhaus

Handbuch des Wissens
in 4 Bänden
Band I ist soeben erschienen,
Sichern Sie sich durch
rechtzeitige Subskription
den ermäßigten Preis!

Vier stattliche Bände mit etwa 100.000 Selbstbildern, 7500 Bildern und Karten.
Preis des Bandes 14 Mk., später 160 Mk.
Man wolle Prospekt mit Subskriptionsliste verlangen. Ein Probeheft 2,50 Mk.
S. Stegl, München 9, Steubensstraße 1.

Edamer Käse

in Broiform, etwa 6 Pfd. schwer, a Pfd. 12,25 Mk.
Einfacher Käse 1 a Ware.
Käse von 9 bis 10 Pfd.,
a Pfd. 11,25, 14,45 und 18,25 Mk.
a Pfd. 11,25, 14,45 und 18,25 Mk.
60 Kerzer Käse 35,50 Mk. Hugo Schwedter, Hamburg 22 A.

Neue, große Nagen-
und Milchschäbheringe, etwa 3 Jtr. Sonne 410 Mk.,
1. Sonne 225 Mk., 2. Sonne 140 Mk., 3. Sonne 70 Mk.,
Postlag 24 Mk., d. g. l. 20. 280 Mk., 1. 20. 155 Mk.,
2. 108 Mk., 3. 58 Mk., Postlag 20 Mk., Postdiele
2 rafter, 39 Mk., Zismaracher, od. Hollmopsje 38 Mk.,
Selbstbucht, 6,50 Mk. a Pfd. 55. Pelow, Hamburg 30 A. 86.

Zeitungsmesseur

für politische Tageszeitung in Berlin gesucht. Nur erste Kräfte mit langjähriger
Praxis wollen sich melden.
Angebote unter B. G. 306 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Sezer und Drucker

(Universal-Apparat, eventuell Windbreut) für Katalog und Abhängig sofort
gesucht.
Gebrüder Nöhl, Quedlinburg (Harz).

Buchdruckfachmann

geprüfter Meister, 27 Jahre alt, erstklassiger Farbendrucker, auf bewandert in
Kalkulation und beahigt, einen mit hohem Preisertrieb rationell zu
stellen, sucht Stellung nach
Dresden oder Umgebung
für sofort oder später. An Betracht kommt nur eine Person, wo Gelegen-
heit zu weiterer Beschäftigung oder späterer Verleihung, letzteres jedoch
nicht Bedingung, was ist.
Offerta mit Gehaltsangaben unter Nr. 325 an die Geschäftsstelle
dieses Blattes erbeten.

Rotationsmaschinenmeister

und Kundencorrespondent für 16-Zeilen Frankfurter Rotationsmaschine in die
Reinigungs- und Montagearbeiten in und während. Wegen Wohnungs-
mangel kommen nur ledige Personen in Frage. Entgelt nach Vereinbarung.
Offerten unter Nr. 298 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

An unsere Inserenten!

Das Ansuchen unseres Anzeigenteils
wird nicht gutheißen die zunehmende Größe der
Anzeige zwingen uns, darauf aufmerksam zu
machen, daß zu der dadurch eingetretenen
Beschränkung des reaktionellen Teiles Gegen-
maßnahmen getroffen werden müssen.
Zunächst hat jede Raumvorrichtungs-
zu unterbleiben. Es muß uns überlassen
bleiben, unter Zugrundelegung der Nonpa-
reille als Grundchrift Auszeichnungsschriften
nur in sparsamer Weise zu verwenden, um
alle Anzeigen auf ein kleines Raummaß
zurückzuführen. Auch die Anordnungen
von teileigenen Verordnungen
aufzuheben. Abkürzungen werden
nur noch einpaßig aufgenommen. Anzeigen
dieser Art jedoch, für die gleich der Betrag
mit eingeklebt wird, womit aber nicht ein-
mal der unbedingt erforderliche Raum bezu-
helt, können nicht mehr berücksichtigt werden;
einen so geringen Raum muß ein Buchdrucker
ausrechnen können. Kettensammlungen
werden zurückgewiesen, wenn auf dem Wege
der Klischeeverwendung ein größeres Raum-
maß durchgesetzt werden soll.
Länger laufende Anträge werden vom
1. November an den neuen Vorschriften an-
gepaßt. Außerdem kann mit einer beträch-
lichen Erhöhung der Anzeigenpreise
schon für die nächste Zeit gerechnet werden.
Geschäftsstelle des „Korrespondent“.

Galvanoplastiker

der das Wachsprügefahren völlig be-
herrscht, sucht bei hohem Lohn [324]
G. Neumann, Neubamm.

Linothypsetzer

mit langjähriger Praxis von großer
Zugabezeitung Nordwestdeutschlands so-
fort gesucht.
Gebildungen mit Zeugnisabschriften und
Gehaltsanprüchen unter Nr. 323 an die
Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Egal Maschinemeister

wohnt! 22-jährig, ledig, in ungekündigter Stel-
lung in Leipzig, gefällig auf gute Zeug-
nisse, wünscht sich sofort in Dauerstellung
zu verändern. Geb. ist ihm im Ver-
trauen (Platten u. Goh), Zeitungs- u. Abz. dr.
u. gut ver. mit Universal-Bohrerangeleg.
Offerten unter Nr. 327 an die Ge-
schäftsstelle d. Bl. erbeten.

Im Kreise Dresden oder Görlitz such
füchtiger
Maschinemeister
welcher mit allen vorkommenden Ar-
beiten an der Schnellpresse vollkommen
vertraut ist, sofort oder zum 1. Januar
Estellung.
Offert. unter Nr. 307 an die
Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Streikfamer

Maschinemeister

ledig, firm im Illustrations-, Ver- und
Abz. druck, wünscht sich in Dauer-
stellung zu verändern. Gute Zeugnisse
und Bruchmuster vorhanden.
Offerten unter Nr. 300 an die Ge-
schäftsstelle des Blattes erbeten.

Monothypsetzer

mehrfährige Praxis, selbständiger Ar-
beiter, sucht sich in Leipzig zu ver-
ändern.
Offerten unter Nr. 321 an die Ge-
schäftsstelle d. Bl. erbeten.

Jünger
Schreibeher
müchte bei erstem Abz. druck oder
Faktor in Ehemitt das Schriftzeichen
erlernen. Hohe Vergütung.
Offerten unter Nr. 331 an die Ge-
schäftsstelle d. Bl. erbeten.

Graphische Fachklassen

Einwurz und Werkstatt-Ausbildung.
Eintritt durch die
Sundgewerbeschule **Barmen.**

Reparaturen, Montagen

werden gut und billig ausgeführt von
4) Ludwig Morthenen,
Düsseldorf, Jordanstraße 7.

Jünger

Zeitungs- und Anzeigenfeger

der auch lithographieren kann, in dauernde
Stellung gesucht. Eintritt 7. November.
„Preisboole“, Neustadt (Orla).

Für unsere Maschinenlehre, Abteilung
Zeitungs- und Anzeigenfeger, einen ge-
wandten
Monolinefeger
dem Gelegenheit geboten wird, sich auf
der Linotype auszubilden.
Verlagsgesellschaft „Ostenberg“,
Stöbeln, Schloßstraße 8.

Typographfeger

für U. B. gesucht. Für einen stich-
tigen Sezer mit guten Maschinenkennt-
nissen bietet sich angenehme, gutbezahlte
Dauerstellung.
Angebote mit Zeugnisabschriften, Ge-
haltsanprüchen und Eintrittstag an
Fr. Wiltz, Ruhfus, Dortmund.

Notationsmaschinenmeister

für 32zeilige A. & B. Illustrations-
maschine gesucht. [308]
Gerolds Verlag, Pöhlneck (Zür. Wald).

Füchtiger

Schreibeher

Fertigmacher

und

Zurichter

gesucht. Schriftfeger E. Stoberg,
Leipzig, Zallstraße 31.

Wir suchen sofort einen tüchtigen
Schreibeher
in dauernde Beschäftigung. [329]
Gottfried Böttge, Leipzig, Schloß-
Pannsdorf-Verlag.

Verbandsnadel

(A. D. D. A.) in echt
neblt S. Stegl, München 9.

Notwendige Werkzeuge

für Malchinemeister!

Ahlen . . . 3, 5, 5,50, 6 u. 8 Mk.
Hammer 10 Mk.
Zangen 9 u. 11 Mk.
Kegelheber 8 Mk.
Verlenker 3 Mk.
Drehklotz 3 Mk.
Zurichtmesser 5, 6 u. 15 Mk.
Stichel 5, 7,50, 9 u. 12 Mk.
Punkthierlein 3 Mk.
Punzen 6 u. 7 Mk.
Scheren 15 Mk.
Osteine 4, 6,50, 7, 10 u. 14 Mk.
**Druck-
neue Ausführung**, mit
einem Bohrer für Holz und
einem Bohrer für Metall
5 Mark

Parlo und Verpackung wird nicht be-
rechnet. Nachnahme bis 50 Mark 75 Pf.
über 50 Mark 1 Mark mehr.
Verlag des Bildungsverbandes der
Deutschen Buchdrucker G. m. b. H.
Leipzig, Salomonstraße 8
Postfachkonto Nr. 53430

Von den während der „Bürga“ 1914
berausgegebenen Postkarten mit dem
Verbandsmonument
ist noch ein kleiner Vollen zum Preis
von 15 Pf. für zwei Stück (Zwei-
abgabe). Porto extra (bis zu 10 Stück
15 Pf.).

Gegen Voreinsendung des Betrags auf
unser Postfachkonto, Leipzig Nr. 61323,
zu beziehen von
Geschäftsstelle des „Korr.“.

Gaufsbriege

a 2,50 und 6,50 Mk.
(Parlo u. Verpackung
sonder!) empfiehlt S. Stegl, München 9.

Am 14. Oktober verschied nach
kurzer, schwerer Krankheit im
Alter von 28 Jahren unser lieber
Mitarbeiter, der Seher [334]
Karl Bruber
Er war uns ein treuer Sanges-
und lieber Berufskollege mit
guten Charaktereigenschaften.
Wir werden dem allfrüh
Verstorbenen stets ein ehrendes
Andenken bewahren.
Das Personal der „Freiburger
Tagespost“, Freiburg i. Br.

Am 20. Oktober verstarb nach
kurzem Krankenlager unser
lieber Kollege, der Seher [335]
Karl Giesh
im Alter von 41 Jahren.
Ein ehrendes Andenken ist
dem von uns geliebten auf-
rechten Kollegen allseitig gewahrt.
Bezirksverein Srefeld.

Am 20. Oktober verstarb nach
langem, schwerem Leiden unser
lieber Kollege, der Seher [336]
Jean Gaab
im Alter von 79 Jahren.
Wir werden seiner stets in
Ehren gedenken.
Bezirksverein Mainz.

Am Dienstag, dem 11. Okto-
ber, verstarb in Remscheid in
den Folgen einer Gallenleite-
operation unser lieber Kollege
Jean Geiger
aus Rosenheim im Alter von
54 Jahren.
Er ruhe in Frieden!
Bezirksverein Barmen.
Distriktverein Remscheid.

Am 18. Oktober verstarb plötz-
lich unser lieber Kollege und
langjähriger Mitarbeiter, der
Schriftfeger [330]
Hugo Lewinski
im vollendeten 65. Lebens-
jahre.
Das Andenken des Verstor-
benen werden wir stets in Ehren
bewahren.
Berlin, 21. Oktober 1921.
Das technische Personal
der Eterna-Maschinen G.

Musikinstrumente

aller Art
Garantie für
hervorragende Güte
Max Dörfel, Klingenthal i. S.
Preisliste frei

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzuführen.

Beilage zu Nr. 124 — Leipzig, den 25. Oktober 1921

Reaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Neubestellungen auf das Verbandsorgan sind zu jedem Monatsersten zulässig. Bezugspreis 50 Pf. monatlich, 1 Mk. zweimonatlich, 1,50 Mk. vierteljährlich. Man bestelle den „Korr.“ sofort bei der nächsten Postankunft!

Zu unserer nächsten Lohnbewegung

Vergangenheit

Es war einmal im Mittelalter, als man noch die Heren zu Asche verbrannte, als das Schreiben und Lesen fast nur in den Klöstern bekannt war, da erlangt ein Mann namens Gutenberg die Kunst des Buchdrucks. Seine Gesellen waren hochangesehene Herren, vor denen jeder Mann die Kappe zog, und vor denen die hohen Weiberlein knixten aus Respekt vor dem Wissen der also Gebildeten.

Mit den äußeren Ehren standen die Einkünfte in gleichem Verhältnis. Mit der durch die Hilfe der Buchdruckerkunst verbreiteten Bildung sank aber das Ansehen der Gesellen der schwarzen Kunst immer tiefer und mit ihm auch das Einkommen.

Je weiter sich die Bildung ausbreitete, um so billiger wurden im allgemeinen die Bildungsmittel, besonders die Literatur. Man kann mit Recht sagen, aus Kosten der Lebenshaltung der Jünger Gutenbergs wurden Bücher und Zeitschriften immer billiger; die wirtschaftlichen Verhältnisse der Buchdrucker wurden immer schlechter, je größer der Bedarf an Druckwerken war.

Als die Not am größten war, schufen sich die Buchdrucker einen Verband, wodurch sie ihre Lage wenigstens etwas verbesserten. Es dauerte nicht lange, so nannte man sie die „Pioniere der Arbeiter“, ihre Organisation galt als Vorbild für andere Arbeitervereine. Aber trotzdem vermochten sie sich nicht an der Spitze der Arbeiterschaft zu halten. Ihre Einkünfte stiegen in geringerem Maße als die der andern Arbeiter, als ein langer und schwerer Krieg alles auf den Kopf stellte und Elend über Elend schuf.

Zukunft

Man muß sich alles, alles wenden! Die vorstehend geschilderten Verhältnisse müssen, sollen und können gebessert werden. Wir Buchdrucker wollen wieder unsere alte Stellung in der Arbeiterbewegung einnehmen und unsre wirtschaftliche Lage so verbessern, daß wir wieder als „Pioniere der Arbeiter“ gelten. Wir wollen fernerhin nicht mehr dazu beitragen, daß man durch niedrige Bezahlung und Ausnutzung unserer Arbeitskraft billige Literaturerzeugnisse auf den Markt bringt.

Die uns seit Jahren gebotenen Steuerungsanlagen und wirtschaftlichen Beihilfen müssen beseitigt und durch weit höhere Bezüge ersetzt werden, die sich den zur Zeit an andre Arbeiter gezahlten Löhnen anschließen. Bei der nächsten Lohnbewegung im November d. J. verlangen wir den Durchschnittslohn der zehn am besten bezahlten Arbeiterkategorien als Minimum unseres Lohnes. Dieser Durchschnittslohn könnte in der Weise festgelegt werden, daß Berliner und Hamburger Löhne der am höchsten bezahlten Arbeiterkategorien zur Berechnung herangezogen würden. Der erlangte Durchschnitt wäre das Minimum für Berlin und Hamburg, für die übrigen Druckorte fänden Abzüge nach Maßgabe des Tarifsaft, so daß Orte ohne jeden Lokalzuschlag einen um 20 Proz. niedrigeren Lohn erhielten usw. Die Lohnfestsetzung würde allmonatlich am 15. einer neuen Prüfung unterzogen und das Ergebnis wäre maßgebend für den darauffolgenden Monat. Auf diese Weise wären weitere Verhandlungen zwischen den Tarifparteien überflüssig geworden.

Diese Lohnfestsetzung könnte weiterbestehen, bis die wirtschaftlichen Verhältnisse sich so geändert haben, daß ein fester Tarif für längere Zeit abgeschlossen werden kann.

Kein Mensch kann uns unbescheldeten schelten, wenn wir diesen Durchschnitt der Arbeitslöhne für uns beanspruchen.

Samburg.

Senkriede.

Gewerkschaftsrevue

Unter den zahlreichen gewerkschaftlichen Tagungen der letzten Zeit lenkte die 15. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Jena das größte Interesse auf sich. Schon der Wahlkampf zu dieser Metallarbeitertagung war ein außergewöhnlich harter, mit Flugblättern, Zeitungspolemiken und Versammlungen wurde operiert. Es ging um Selb oder Nichtsein der größten Gewerkschaftsorganisation der Welt. Die Anhänger der verschiedenen Parteirichtungen rangten leidenschaftlich um den Sieg, der in der Einseitigkeit möglich vieler Delegierten der einen oder der andern parteipolitischen Auffassung erblickt wurde. Bereits der Aus-

fall der Wahlen brachte das erfreuliche Faktum, daß bis auf einige wenige Orte die Anhänger der gewerkschaftlichen Einheitsfront, die vereinigten SPD. und USG, stark in der Mehrheit blieben. Es erhielten die SPD. 412, die USG. 255 und die KPD. 113 Delegierte. Siffernmäßig ging die sozialdemokratische Mehrheitspartei am weitesten stärksten aus der Wahl hervor. Dieses Resultat drückte zugleich noch die Tatsache aus, daß der kommunistische Wunderglaube bei den Metallarbeitern gewaltig abgenommen hat, und daß keine Aussicht mehr besteht, größere Teile der Arbeiterschaft durch revolutionäre Phrasen benebeln zu können. Die Kommunisten mühten sich mit einem bescheidenen Prozentsatz unter den Delegierten begnügen. Aber so erfreulich der Wahlausgang im gewerkschaftlichen Interesse auch war, man muß doch wünschen, daß ein solcher Bruderkampf nie wieder geführt zu werden braucht. Die Gruppierung nach Fraktionen oder die Bildung von besonderen Aktionsausschüssen innerhalb einer Gewerkschaft mögen durch Zeitnotwendigkeiten bedingt sein, dennoch muß das Fortbestehen solcher Einrichtungen als ein Übel bezeichnet werden. Parteipolitisch abgestimmte Wahlen bilden einen Krebschaden für jede Organisation, und es wäre dringend zu wünschen, daß statt einer parteipolitischen Zerstückung überall eine intensive gewerkschaftliche Gemeinschaftsarbeit betrieben würde, den Interessierten zum Trutz und den Arbeitern zum Nutz!

Der Verbandsstag der Metallarbeiter ist diesem Grundsatze durchaus gerecht geworden, sowohl in seinem Verlauf als auch in seinen Beschlüssen. Es liegt nicht in untristrißlicher, den Verhandlungsverlauf hier breit aufzurollen. Nur das für die deutsche Gewerkschaftsbewegung hochbedeutende Fazit der Jenaer Tagung soll festgehalten werden. Zuvor mögen einige allgemeineren Zahlen aus dem Jahresbericht über 1920 des Metallarbeiterverbandes genannt sein, die darun, welche gewaltige Gestaltungsarbeit in dieser riesigen Organisation steckt. Die Mitgliederzahl stieg im Jahre 1920 von 1605186 auf 1608932. Die Zunahme ist zwar relativ gering, aber dennoch bedeutet sie einen Erfolg, wenn man bedenkt, daß in der deutschen Metallindustrie, die während des Krieges eine riesenhafte Ausdehnung angenommen hatte, in der Nachkriegszeit eine gewaltige Abwanderung vieler Arbeiter und Arbeiterinnen in ihre früheren Berufe erfolgte. Infolgedessen gingen dem Metallarbeiterverbande viele Mitglieder verloren. Auch die Abströmung industrieller Gebiete trug zur Mitgliederabnahme, bel. Beitrag die Mitgliederzahl vor dem Kriege noch 550000, so kann, hingeleitet auf die bis Ende 1920 erreichte Höhe, von einer stürmischen Aufwärtsentwicklung des Deutschen Metallarbeiterverbandes gesprochen werden. Dieser entspricht natürlich auch die Finanzgebarung, die derjenigen eines kleinen Staatswesens gleichkommt (190 Mill. Mk. Einnahmen und 148 Mill. Mk. Ausgaben in einem Jahre). 743 Verwaltungskstellen sind im ganzen Reich vorhanden. Durch die sozialen Unterstützungen, die keine erst zu nehmende Gewerkschaft entbehren kann, wurde die Verbandskasse mit 35435871 Mk. belastet. Für Streiks, Maßregelungen, Lohnbewegungen und Verhandlungen wurden insgesamt 31090305 Mk. aufgewandt. Die Zahl der Verbandsangestellten hat sich entsprechend dem Wachstum der Organisation vermehrt. Im Hauptbureau werden 120 Personen beschäftigt, ohne das Personal der Buchdruckerei. Einschließlich der Bezirks- und Lokalbeamten sind insgesamt 1400 Angestellte für Organisationszwecke tätig. Die „Metallarbeiterzeitung“ als Verbandsorgan erschien 1920 in einer durchschnittlichen Auflage von 1640000 Exemplaren. Ihre Herausgabe kostete 8754128 Mk. Sie wird allwöchentlich in drei Druckereien (Stuttgart, Berlin und Duisburg) hergestellt. Die Druckereien in Stuttgart und Berlin, modern mit Rotations- und Flachdruckmaschinen und allem sonstigen Zubehör eingerichtet, sind Eigentum des Verbandes. Die „Metallarbeiterzeitung“ erscheint durchschnittlich vierstellig und einmal im Monat achtfellig. Eine Achtfelternummer erfordert 1063 Str. oder 51800 kg. Papier. Im Jahre 1920 machte die Herstellung der „Metallarbeiterzeitung“ den Aufwand von 29000 Zentnern oder 1450000 kg. Papier notwendig. Neben der „Metallarbeiterzeitung“ erscheint die „Metallarbeiter-Jugend“, allmonatlich für die jugendlichen Mitglieder des Verbandes. Sie wird in einer Auflage von 125000 Exemplaren gedruckt. Ein Bildungsorgan für Betriebsräte, die „Betriebsräte-Zeitschrift“, für die Funktionäre der Metallindustrie erscheint halbmönatlich in Heftform in einer Auflage von 450000 Exemplaren. Eine ganze Reihe von Verwaltungsstellen, wie Berlin u. a., geben teilweise allwöchentlich stiftliche Mitteilungsblätter heraus. Der Bedarf an Druckerezeugnissen im Metallarbeiterverband ist demnach ganz enorm.

In einer fast vierstündigen Rede erstallte Robert Dörmann, der seit dem Stuttgarter Verbandstage (1919) an der Spitze des Deutschen Metallarbeiterverbandes stehende neue Mann, Bericht von der gewaltigen Arbeit des Vorstandes innerhalb der letzten zwei Jahre. Dem neuen Manne war es in diesem Zeitraum aber nicht möglich, zugleich auch neue Wege einzuschlagen, sondern er mußte verfahren, genau so wie die von ihm aufs härteste bekämpften früheren Verbandsleiter, aufstrebende Schwie-

rigkeiten durch eine klug abwägende gewerkschaftliche Taktik zu umgehen und zu beseitigen. Dörmann hat im allgemeinen die gleiche Überzeugung gewonnen durch seine als Verbandsvorstehender gemachten praktischen Erfahrungen wie seine Amtsvorgänger, daß nichts falscher und nichts weniger marxistisch ist als eine unangebrachte Nachgiebigkeit gegen jede Stimmung aus Mitgliebskreisen, und was sie noch so revolutionäres Aussehen haben. Oft mußte auch vom neuen Verbandsvorstehenden gebremst werden, wenn allzu optimistische Mitgliebschaften zum Kampfe drängten. Das wurde natürlich von den Kommunisten mit allem Raffinement für ihre Zwecke ausgenutzt. Der Verbandsvorstand wurde von ihnen — genau so wie früher von den Gesinnungsgenossen Dörmanns — als „Verräter“ und „Selbstverleugner des Unternehmertums“ gebrandmarkt, und durch immer wechselnde Parolen suchten die kommunistischen Wühlmäuse den Streit zu schüren, suchten sie wilde Streiks zu inszenieren, die natürlich von der Verbandsleitung nicht nur keine Unterstützung, sondern entschiedene Bekämpfung erfuhren. Mit ganz besonderer Schärfe bestonte Dörmann denn auch, daß die Selbstständigkeit der Gewerkschaftsbewegung unter allen Umständen gewahrt werden müsse, wenn nicht anders eine weitere Zerstückelung der Arbeiterbewegung und demzufolge eine Schwächung des Proletariats eintreten sollte. In der Vertiefung der bedrohten Einheit des Verbandes lag der Schwerpunkt der Tätigkeit des neuen Verbandsvorstandes. Unter solchen Umständen hätte es für die mehrheitssozialistischen Delegierten gewiß nahe gelegen, auf den Gegenstand zwischen früher Versprochenem und nicht Erfülltem, auf die anscheinend unüberbrückbaren Gegensätze in der gewerkschaftlichen Auffassung, in der Taktik, ja selbst in der Art der Aktion mit Schärfe hinzuweisen und angelegentlich der eingetretenen Wandlung billige Triumphe zu feiern. Wenn es nicht geschah, so sicherlich in der Erkenntnis, daß damit dem Wohle der Mitglieder ebenso wenig genügt wäre wie der Gewerkschaftsbewegung überhaupt. Fehler sind nicht bloß dazu da, daß sie gemacht werden, sondern auch dazu, daß man aus ihnen für die Zukunft lerne. Nur wenn es gelingt, die Arbeiter mit tiefstem Vertrauen auf ihre Organisation, in diesem Falle den Deutschen Metallarbeiterverband, zu erfüllen, wird mit Sicherheit auf festen Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung und darauf zu rechnen sein, daß alle Wünsche des Unternehmertums zusehen werden.

Das größte Verdienst des Metallarbeiterverbandstages liegt darin, eine Einigung der streikenden Brüder auf mittlerer Linie erzielt zu haben. Von Anfang an war bei den Delegierten der SPD. die Meinung vorherrschend, daß versucht werden müßte, mit der weitestgehenden Fraktion des Verbandes, der USG., zu einer Annäherung zu kommen. Die Rede Dörmanns bildete den besten Ausgangspunkt dazu. Eine Hauptaufgabe lag darin, für die zahlenmäßige Anteilnahme an der Verbandsleitung die richtige Grundlage zu finden. Die Vertiefung gelang insofern, als der mehrheitssozialistischen Richtung bei den bedrohten wie bei den unbedrohten Vorstandsmitgliedern je sechs und der unabhängigen Richtung je fünf Sitze eingeräumt wurden. Die Reaktionen der „Metallarbeiterzeitung“ wurde ebenfalls paritätisch befehrt, und für den Verbandsausschuß wurde das Zahlenverhältnis 3 zu 2 als richtig befunden. Bei der Sachlage war es nicht allzu schwer, in einer gemeinsamen Entschlieung der beiden maßgebenden Fraktionen grobsägige Richtlinien für die künftige Verbandsfähigkeit aufzustellen, die mit Zweidrittelmehrheit angenommen wurden. Diese Richtlinien belegen in ihrem Kernpunkte folgendes:

Die Lösung der Weltfrage ist nur durch die sozialistische Gemeinwirtschaft möglich. Nur diese verbringt Äußeren und inneren Frieden, den Wiederaufbau der Weltwirtschaft und den internationalen Warenaustausch sowie die Befreiung und Wohlfahrt der unterdrückten und ausgebeuteten Massen. Das Ziel vermag nur eine politisch einheitlich und woblorganisierte Arbeiterschaft zu erreichen, die sich gleichzeitig auf sozialistische Gewerkschaften stützt, die getragen sind vom Geiste der Demokratie und des proletarischen Klassenkampfes und in ihrem Einklang mit den sozialistischen Massenorganisationen aller Länder, der Arbeiterdemokratie und der Gewerkschaftsinternationale, handeln.

Der Deutsche Metallarbeiterverband ist berufen, an der Erreichung der sozialistischen Gemeinwirtschaft hervorragend in Zusammenarbeit mit der Weltarbeiterschaft zu einer erfolgreichen Teilnahme an dem Kampf gegen die kapitalistische Mißwirtschaft und ihre verderblichen Folgen beizutragen und nachdrücklich zu wirken, erklärt der Verbandstag der Deutschen Metallarbeiter als erste Vorbedingung: die Zusammenfassung aller Kräfte ohne Ansehen der politischen Meinung, die der Verbandsstatut als Richtschnur ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit anerkennen und jede Weigerung von Seiten ablehnen, an denen der Verband keinen Teil hat. Die zur Vertiefung der gewerkschaftlichen Einheitsfront getroffenen Maßnahmen des Verbandes und des erweiterten Beirats heißt der Verbandstag gut.

Wenn es noch eines Beweises bedurfte hätte, daß die beiden stärksten Mitgliedergruppen des Metallarbeiterverbandes in ihrer gewerkschaftlichen Grundauffassung kaum voneinander abweichen, so wurde dieser Beweis durch die Verhandlung über die Verschmelzung der beiden zu diesem Beratungspunkte vorliegenden Resolutionen in eine gemeinsame vollst. erbracht. Ein Versuch der Kommunisten, bei dem Programmpunkte des Verbandes, „Ausnützung jeder Möglichkeit zur Förderung der Interessen der Metallarbeiter“ die Worte einzufügen, „unter Ablehnung einer Beteiligung an den Arbeitsgemein-

schaffen", wurde, nachdem besonders Dörmann dagegen gesprochen, abgelehnt!

Begreiflicherweise sah sich der Verbandstag der Metallarbeiter, um die Kampfkraft der Organisation zu stärken, gezwungen, zur Beitragserhöhung zu greifen. Es gibt kein andres Mittel, um das zu erreichen, was die Mitglieder in jeder Gewerkschaft der Zeitung als Mangel anzukreiden bestrebt sind. Namentlich solche Mitglieder, die nicht laut genug die Verwirklichung des Kampfbewusstseins fordern können, sollten die Beschaffung der dazu nötigen Mittel als eine gebogene Selbstverständlichkeit betrachten. Die gewerkschaftlichen Unterstellungen wurden der Zeit entsprechend herausgeholt, nämlich die Reueunterstützung von 2 auf 5 Mk. pro Tag, die Streikunterstützung in der ersten Klasse auf 15 Mk. täglich (gleich 90 Mk. wöchentlich), in der zweiten Klasse auf 10 Mk. täglich (gleich 60 Mk. wöchentlich), in der dritten Klasse auf 5 Mk. täglich (gleich 30 Mk. wöchentlich). Außerdem wurden die Zulagen für Ehefrauen und Kinder verdoppelt.

In allen lebenswichtigen Fragen des Deutschen Metallarbeiterverbandes haben sich die Delegierten einmütig gezeigt, um die Geschlossenheit der Organisation nach außen und innen nachvoll zu bekunden. In dieser Beziehung datiert von Jena aus eine bedeutsame Wendung, die der Metallarbeiterchaft und der Gewerkschaftsbewegung überhaupt zum Segen gereichen wird. Mit erstreblichem Beharrlichkeit entschieden sich die Teilnehmer an der Jenaer Tagung aber auch für die Antilastdamer Gewerkschaftsinternationale und bekundeten damit, daß die Zeit für die Moskauer mit ihren demagogischen Parolen, womit sie Einfluß auf die Verbandstaktik zu gewinnen hoffen, endgültig vorüber ist. Auch damit ist der gesamten Gewerkschaftsbewegung ein schätzenswerter Dienst erwiesen worden.

Wer daran zweifeln sollte, der weiß nichts davon, wie eifrig kommunistische Gewerkschaftszerstörer bemüht sind, durch eine heuchlerische Formulierung ihrer Parolen die Arbeiterchaft in den Glauben zu verlesen, als ob sich der Ausbau der Weltwirtschaft auf kommunistische Art mühelos durchführen lassen würde unter Befolgung aller logischen Notwendigkeiten der Arbeitslosigkeit, wenn nur die verhassten Gewerkschaftsbündnisse nicht wären. Diese „Arbeiterverräter“ suchten lebhaft auf Kosten der Arbeiterchaft die kapitalistische Produktion in Gang zu bringen. Dabei sizen die eigentlichen Arbeiterverräter unter denen, die den Arbeitern in leichtfertiger Weise vorreden, der Kapitalismus sei durch revolutionäre Aktionen aus der Welt zu schaffen! Zahlreiche verlorene Kämpfe, große zweifelsvolle Verluste Aufwendungen sind die Folgen solchen Fühlerglaubens. Es dürfte zur Aufklärung über die kommunistische Konfusion nützlich sein, darauf hinzuweisen, wie ausgerechnet Lenin — der mehr und mehr vom Dogma zur Wirklichkeit zurückkehrt — über die Tätigkeit vieler Kommunisten denkt, die Produktion wirtschaftlich und sozial befriedigend aufzubauen. In einer Ansprache an die privatkapitalistischen ehemaligen Fabrikanten der russischen Textilindustrie hat Lenin „in dieser schweren Zeit alle, ohne Unterschied der Abzeugung, zu helfen und die vaterländische Industrie wieder herzustellen, die durch den Bürgerkrieg und die Maßnahmen unverantwortlicher Personen, die bedauerlicherweise zur kommunistischen Partei gehören, zerstört worden ist“. Dann fuhr er fort: „Es ist vollkommen richtig, daß es unter uns Stubentheoretiker gab, die, von der Wirklichkeit weit entfernt, gewohnt waren, mit einem Weisheitsgebe den gordischen Knoten zu zerhacken. Reine Idealisten der politischen Abzeugung verstehen es oft nicht, den richtigen Moment zu erfassen — und damit haben sie unsre Industrie so fundamental zerstört. Jetzt haben sie sich von den Fehlern ihrer Taktik überzeugt und sind zur Seite getreten“.

Das letztere mag auf Ruhland zutreffen, aber keinesfalls auf Deutschland. Hier werden noch genug kommunistische Stubentheoretiker, reine Idealisten der politischen Abzeugung und Demagogen schlimmer Sorte auf die Arbeiterchaft losgelassen. Der kürzlich beendete Streik der Bremer Werftarbeiter, durch den in der Hauptsache ein Akkordabzug verhindert und den Betriebsräten Solidarität bezogen werden sollte, ist ein Schulbeispiel dafür. Die „Rote Fahne“ brachte folgende lakonische Notiz über den Streikabbruch: „Am Montag, 3. Oktober, beschloß eine Verammlung der streikenden Belegschaft der A.-G. Weler“ die Wiederaufnahme der Arbeit, die in den nächsten Tagen erfolgen wird. Die Zahl der Maßnahmen ist noch nicht abzulehnen, doch ist sie eine sehr große. Nach siebenwöchigem, heftigen Kampfe mußten die Bremer Werftarbeiter den Streik abbrechen und sich den Bedingungen des Unternehmerlums sigen, weil die Gewerkschaftsbureauratie den Abwehrkampf auf breiterer Grundlage verhindert hat.“ Das alte Lied: Die Gewerkschaftsführer fragen an allem schuld; selbst für das Scheitern der verrücktesten Pläne kommunistischer Arbeiterbegleiter werden sie verantwortlich gemacht. Das ist um so empörender, als in der „Roten Fahne“ kein Wort darüber verlaute, daß drei Kommunisten, die sich in die engere Streikleitung der Werftarbeiter eingeschlichen hatten, als Späher erkannt wurden, und daß einer der Jellensbauer, Banasiewicz mit Namen, ein für die Provinz verantwortlicher Zeichner der Redaktion der „Roten Fahne“, in unmittelbaren Diensten der Gewerkschaften stand! Dieser jetzt von der Arbeiterchaft mit Schimpf und Schande zum Teufel gejagte Arbeiterverräter, der in der kommunistischen Fraktion der Bremer Bürgerchaft den Vorstoß führte, der dem Streikkomitee der Werftarbeiter angehörte und in der kommunistischen Organisation für den Bezirk Nordwest die Geschäfte des Vorstehers führte und obendrein noch als Stellvertreter der Parteisekretäre amtierte, behaß die bodenlose Frechheit, unter der Überschrift: „Die Wahrheit

über den Streik der A.-G. Weler“, folgenden Artikel in der „Bremer Zeitung“ vom Stapel zu lassen:

Werftarbeiter hört!

Mittels Kruppeller Verbeugung hat man es fertiggebracht, euch auf das Streikpfeiler zu bringen. Für die Protestaktion Höder, Bredar, B. an sich, war ein gelundenes Freisen, als die Forderung die drei Betriebsratsmitglieder Höder, Friede und Braudmüller entlassen hat, zum Sturz zu haben. Fünf Wochen lang hat man euch mit Phrasen gefüllter, Versprechungen gemacht, die heute in der nächsten Form vor euch liegen. Sie sind: Hunger und namenloses Elend, was ihr ganz bestimmt nicht gewollt habt. Wo sind jetzt die „Weisen aus dem Morgenlande“? Jene davon, Friede und Braudmüller, haben die Forderung schon gewonnen und der dritte, Höder, hat als Surrogat die „Villa Hedwig“ bezogen. Und was geschieht mit euch? Wollt ihr, daß eure Frauen und Kinder den Hungerriemen noch enger ziehen sollen? Wollt ihr, daß man euch zum Weibhüten beßt? Wollt ihr, daß ihr den kommenden Winter hungerrnd und frierend euer Dasein fristen müßt? Wollt ihr, daß die 700 Straniten elendig zugrunde gehen? Nein und abermals Nein! Wie war die Abstimmung in der Werftarbeiterversammlung? Mit allen Finstern verhaschten die Heher von gestern euch das Hungerloch vor der Nase zu erhalten!!! Schlußendlich Werftarbeiter haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Und weshalb? Weil wir nicht mehr gewillt sind, uns weiter terrorisieren zu lassen. Werftarbeiter hört! Genug des Elends, genug der Verbeugung. Verlangt von denen, die euch in das Elend geführt haben, Rechenchaft! Verlangt erneut eine Werftarbeiterversammlung und Wiederaufnahme des Streik.

Die Streikleitung der 6000 Arbeiter.

Die sich der geschobenen Abstimmung enthalten haben. Sucht nur die Köpfe zu verwirren, sie zu befriedigen ist schwer! Solchen die moskowitzischen Weltbegleiter aus! Die schlimmsten Merkmale ungelundener Scheitererlums zeigen sich an ihnen. Es trifft auf sie buchstäblich zu, was Karl Marx einmal über die Sektensbewegung innerhalb der Arbeiterchaft schrieb: „Die Sekte sucht ihr Daseinsrecht in ihrer allereigensten Besonderheit, nicht in dem, was sie mit der Klassenbewegung gemein hat, sondern in dem besonderen Erkennungszeichen, das sie von ihr unterscheidet.“

Immer tiefer führt die von den Anhängern Moskaus betriebene gewerkschaftliche Zerspaltung die deutschen Arbeiter in den Sumpf hinein. Eine Ausperrung in den Höchster Farbwerken, von der jedenfalls mehrere Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen betroffen wurden, war im Grunde genommen ebenfalls auf Sandlungen kommunistischer Heißsporne zurückzuführen, von welchen selbst die „Rote Fahne“ verschämt zugeben mußte, daß sie „unter normalen Umständen vielleicht nicht zu billigen gewesen wären“. Aus einer Schilderung der Höchster Vorgänge im „Proletarier“, dem Organ des Fabrikarbeiterverbandes, ersehen wir, daß es sich für die Arbeiterchaft zunächst darum handelte, die Entlassung eines Direktionsbeamten zu erzwingen, der die Arbeiterchaft beleidigt hatte. Die Direktion erklärte, daß sie dies schon aus freien Stücken getan hätte. Damit gaben sich die Arbeiter zufrieden. Zur gleichen Zeit aber, unabhängig von irgenwelchem Vorgehen der Arbeiterchaft, wurden von einem Komitee, das sich gebildet hatte und auf das die Kommunisten einen sehr starken Einfluß ausübten, unter Anwendung von Gewaltmitteln bedeutendste Art weitgehende materielle Forderungen durchgedrückt. Bald darauf wurden von der Direktion der Farbwerke die erzwingungen. Willenserkundungen jedoch als nichtig und unerfüllbar erklärt. Da nach Ansicht der Werksleitung eine ruhige und geordnete Weiterführung des Betriebs bei den gegebenen Umständen nicht gewährleistet schien, schloß diese unter fristloser Entlassung sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen sofort das Werk.

Wir wissen nicht, ob die durch Unternehmerlums erfolgte Ausperrung inzwischen restlos aufgehoben ist, nachdem die ruhige Abreglung auf beiden Seiten wieder Platz gegriffen hat. Das aber wissen wir bestimmt, daß der gelangten Arbeiterchaft der Höchster Farbwerke durch die gewissenlose Putschtaktik und die gewerkschaftlichen Balkanmethoden der Kommunisten uneinbringlicher Schaden erwachsen ist, zumal die Ausperrung noch auf benachbarte große Werke übergreifen sollte. Der „Proletarier“ traf den Nagel auf den Kopf, wenn er „den Kämpfen in der Höchster Industrie folgendes schrieb:

Falsch war das Vorgehen der Arbeiter, nachdem sie die Entlassung Millers (des Direktionsbeamten) erreicht hatten, nimmere sich unter Führung von hiesigen Kommunisten zu erheben und nach dem Schritt in der Richtung zu gehen, um zu führen. Falsch war aber auch das Verhalten des Arbeitgeberverbandes, der ohne andre Verträge, die Sache beizulegen, einfach die Ausperrung verhängte, die nimmere auch von dem Firmen-Sinnfidelefabrik Kellnerbach und Cleitron (Ortesheim) vorgenommen wurden.

Wollt ihr nicht nachschauen. Das gilt für den einen Teil der Arbeiter, wie auch für die Arbeitgeberorganisation. Man könnte annehmen, daß die Arbeiter sich mehr in der Gewalt haben als unbillig inerte, kommunistisch angelegte Arbeiter. Es ist nicht notwendig, daß eine begangene Torheit der einen Seite mit einer solchen von der anderen Seite beantwortet wird. Die Tarifkommission für die chemische Industrie des Bezirks VII, umfassend Hessen und Hessen-Nassau, lehnte das Vorgehen unverantwortlicher Elemente in den Werken Ortesheim, Höchster a. M. und Kellnerbach ab, da derartige Maßnahmen im Gegenstande zu den vertraglichen Abmachungen stehen. Darüber hinaus bedauerliche Konsequenzen aber auch außerordentlich die Maßnahmen der Arbeitgeberorganisationen, die unter Ausschließung der Vertragsbestimmungen zur Ausperrung übergingen, ohne vorher den Verluh einer Verständigung mit den Arbeitgeberorganisationen zu machen.

Es versteht sich von selbst, daß der Weg, den die Gewerkschaften bei der Erfüllung ihrer Aufgaben einschlagen, der Kritik unterliegt. Unter den heutigen traurigen wirtschaftlichen Verhältnissen noch mehr als sonst. Verlangt man aber werden, daß die Kritiker sich von Sachlichkeit und dem Bestreben leiten lassen, einen besseren Weg zu zeigen, um zu Erfolgen zu gelangen. Eine Kritik, die auf kleinliche Mörgelei hinausläuft, bringt uns nicht vorwärts. Geistige Klarheit im Vorwärtsschauen auf den Kampfmethoden und die Kampfbedingungen, unter denen ein Kampf geführt werden soll, muß das solidarische Zusammenwirken aller Mitglieder erzeugen, das allein zum Erfolge führt. Je stärker die Macht des Unter-

nehmerlums, je mächtiger die Unternehmerorganisation, desto wichtiger ist das feste Zusammenhalten und die straffe Einheitslichkeit in allen Aktionen der Arbeiter. Wer mit längst überholten Methoden des Syndikalismus oder mit kommunistischer Putschtaktik die Gewerkschaftsbewegung „vorwärtstreiben“ will, gleicht einem politischen Siebenmonatskinde, dem jeder Einblick in die wirtschaftlichen Zusammenhänge und jedes Augenmaß für das gegenseitige Kräfteverhältnis fehlt. Der Kapitalismus kann nimmere mehr durch politische Dilettanten gestürzt, sondern muß durch überlegende Gewerkschaftler überwunden werden. Das Sineintragen parteipolitischer Differenzen in die gewerkschaftlichen Organisationen erfordert nur die Lösung ihrer gewaltigen wirtschaftlichen Aufgabe, die Umgestaltung der Produktion in allgemeinem Sinn. Kein Geringerer als Karl Marx ist in überzeugender Weise für die Selbstständigkeit der Gewerkschaften eingetreten, wenn er 1864 in seinem „Polstkaat“ schrieb: „Niemand dürfen die Gewerkschaften mit einem politischen Verein in Verbindung gebracht oder von einem solchen abhängig gemacht werden, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen sollen; geschieht dieses, so heißt das, ihnen den Todesstoß geben. Die Gewerkschaften sind die Schulen für den Sozialismus. In den Gewerkschaften werden die Arbeiter zu Sozialisten herangebildet, weil ihnen da täglich der Kampf mit dem Kapital vor Augen geführt wird. Alle politischen Parteien, mögen sie sein, welche sie wollen, begehren die Massen der Arbeiter nur eine Zeitlang, vorübergehend. Die Gewerkschaften hingegen fesseln die Masse der Arbeiter an die Dauer; nur sie sind instand, eine wirkliche Arbeiterpartei zu repräsentieren und der Kapitalmacht ein Bollwerk entgegenzusetzen.“ Was gilt es zu beherzigen in dieser Zeit, wo kommunistische Parteianhänger alle Mienen springen lassen, um die Gewerkschaften vor ihren feberischen Karren zu spannen!

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. Am 31. Oktober d. J. blickt unter Kollege Hermann Neffmann auf eine 50jährige ununterbrochene Tätigkeit im Seberberufe zurück. 1857 wurde er in Holzheim (Kurhessen) geboren, verlebte seine Kindheit im schönen Kassel und trat 1871 bei R. G. Daubitz in Berlin in die Lehre, nach deren Abschluß er zunächst in R. v. Vedders Hofbuchdruckerei wirkte. Die Bewegung im Jahre 1876 veranlaßte ihn und drei gleichgesinnte treue Kollegen, von 200 beschäftigten, dort „Schluß“ zu machen und auf ausgedehnte Wanderfahrten zu gehen, auf denen er sich, u. a. in Giesburg und Frankfurt a. M., zu einem sowohl beruflich wie organisatorisch eifrigen, verlässlichen Kollegen entwickelte. Seine Rückkehr nach Berlin führte ihn zu Heinicke, „Neueste Nachrichten“, „Kohalanzeiger“, „Nationalzeitung“ und in andre Kunstempel, in denen ihm reichlich Gelegenheit geboten wurde, für die hohen Ziele des Verbandes energisch einzutreten, oft unter Hintanhaltung der eignen Kräfte. Seit 1902 gehört er dem Seberkreise der „Vossischen Zeitung“ (jetzt bei Witten, A.-G., Berlin SW 68) an, und wirkt hier seit langen Jahren unermüdet als Vertrauensmann und Hüter des Verbandsideals. Ihm und seiner Gattin ist eine glückliche, harmonische Ehegemeinschaft beschieden, und „Väterchens“ hochgefeimtes Sängerbund schlägt seit Gründung der „Typographia“ (1879) aktiv in frühlichen Takt. Möge dem waderen Manne, dem treuen Genossen die geistige und körperliche Spannkraft, die ihm an seinem Ehrenzuge zu eigen ist, noch recht lange erhalten bleiben!

Södn a. Rh. Da die hiesige Firma G. I. Josephs Verlag sich weigert, den Tarif schriftlich anzuerkennen, dürfen dort Verbandsmitglieder, wie tariftreue Beihilfen überhaupt, nicht in Kondition treten.

Gestorben

In Frankfurt a. M. am 30. August der Seherinvalid Peter Seherer aus St. Schwanbach, 71 Jahre alt; am 29. September der Seherinvalid Karl Mener aus Freien, 73 Jahre alt; am demselben Tage der Seher Philipp Ergraber aus Malschhausen, 49 Jahre alt — Beerdigung.
In Gießen am 19. September der Seher Karl Kupha aus Sosnig, 28 Jahre alt.
In alle a. d. S. der Seher Hans Ebel aus Staßfurt, 29 Jahre alt — Beerdigung.
In Hamburg am 1. Oktober der Seher Heinrich Sanders von dort, 34 Jahre alt.

Briefkasten

Ima: Diese Angelegenheit wollen wir auf der Gausvorsehkonferenz zur Sprache bringen; es muß Klarheit erst darüber geschaffen werden, ob der Verband als Gewerkschaft auch auf diesem Gebiete noch einbringen soll. — B. G. in G., M. A. in D.: Soll aufgenommen werden; Es müssen aber noch warten, denn es liegen ältere Artikel vor. — S. Sch. in S.: 10 Mk.

Veranstaltungskalender

Frankfurt a. M. Maschinenleherversammlung Sonntag, den 30. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Kempffbräu“, Am eisernen Gieg.
Selde (Södn.). Bezirksversammlung Sonntag, den 30. Oktober, vormittags 12 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ in Sufum, Södn.traße.
Mackredwitz. Bezirksversammlung Sonntag, den 6. November, vormittags 10 Uhr, im „Friedensfeld“ in Welsben.
München. Maschinenmeisterversammlung Montag, den 31. Oktober, im „Spörer“, Reberstraße.
Queblinburg. Bezirksversammlung Sonntag, den 30. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, „Vergallt“ in Queblinburg, Halberstädter Straße.
Rostock. Bezirksversammlung Freitag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Philharmonie“.